

2525/J-BR/2007

Eingelangt am 21.06.2007**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend Ausbau der politischen Bildung

Die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 bzw. 18 Jahre wurde mit der Absicht verknüpft, der politischen Bildung an den Schulen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Nachdem die Herabsetzung des Wahlalters auch für alle Landtags- und Gemeindewahlen wirksam wird, besteht auch in den Landtagen und Gemeinderäten hohes Interesse daran, dass nicht nur in den Lehrplänen, sondern auch in der Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

In diesem Sinne hat sich unter anderem auch der Vorarlberger Landtag am 9. Mai 2007 mit einer einstimmig gefassten EntschlieÙung dafür ausgesprochen, dass in den Lehramtsstudien Demokratie, Politische Bildung und globales Lernen entsprechend verankert werden und in der Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen verstärkt Berücksichtigt finden.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur folgende

Anfrage:

1. Welche Herausforderungen an das Bildungswesen sehen in der Herabsetzung des Wahlalters?
2. In welcher Weise wird zu Ergänzungen der Lehrpläne kommen?
3. Wie wird in der Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen auf die Notwendigkeit verstärkter Politischer Bildung reagiert werden?